

Frommelt: «Das Vorurteil «Die Wissenschaft lebt im Elfenbeinturm» kommt nicht von ungefähr»

Interview Seit Mitte des Jahres hat Christian Frommelt als Direktor die Leitung des Liechtenstein-Instituts inne. Mit dem «Volksblatt» sprach er über die liechtensteinischen Parteien, die Rolle der Wissenschaft in der Gesellschaft, Personenkult und die Schwierigkeiten, wissenschaftliche Ergebnisse der Allgemeinheit näherzubringen.

VON SEBASTIAN ALBRICH

«Volksblatt»: Herr Frommelt, inwieweit hat die wissenschaftliche Forschung in Liechtenstein überhaupt eine kulturelle Verankerung?

Christian Frommelt: Für die Schweiz zeigt eine repräsentative Umfrage, dass lediglich sechs Prozent der Schweizer Wohnbevölkerung eine staatliche Unterstützung wissenschaftlicher Forschung ablehnen. Weiter zeigt die Umfrage, dass die Wissenschaft ein hohes Vertrauen geniesst und auch dann unterstützt werden soll, wenn sich kein unmittelbarer Nutzen für den Einzelnen ergibt. Wissenschaftliche Forschung und deren staatliche Förderung sind in der Schweiz also stark verankert. Wie es in Liechtenstein aussieht, kann ich aber nicht beurteilen. Wissenschaftliche Forschung hat hierzulande keine allzu lange Tradition. Zwar werden Institutionen wie das Liechtenstein-Institut oder die Universität Liechtenstein durch den Staat gefördert, die staatliche Unterstützung für wissenschaftliche Forschung ist insgesamt aber deutlich geringer als in der Schweiz. Zudem hat Liechtenstein im Unterschied zu den umliegenden Staaten keinen eigenen Forschungsförderungsfonds und 2013 hat der Landtag die Mitgliedschaft Liechtensteins im EU-Forschungsprogramm «Horizon 2020» abgelehnt. Vor die-

sem Hintergrund würde ich mir manchmal schon ein stärkeres Bekenntnis zum Wissenschaftsstandort Liechtenstein wünschen. Mit Blick auf das Liechtenstein-Institut bin ich nämlich überzeugt, dass dessen Forschung wesentlich zu einem besseren Verständnis von Liechtenstein im In- und Ausland beigetragen hat. Forschung in Liechtenstein zu Liechtenstein ist für mich nicht nur «nice to have», sondern eine logische Konsequenz unserer Souveränität.

Wissenschaft scheint hierzulande eher im privaten Interesse zu liegen. Es betreten immer wieder wirtschaftliche und politische Thinktanks die Bühne, die mit Stiftungen im Rücken Forschung betreiben, wie die Stiftung Zukunft.li oder die Stiftung für Ordnungsrecht. Besteht hier ein Konkurrenzdenken?
Das Liechtenstein-Institut und die genannten Thinktanks haben unterschiedliche Ausrichtungen und Aufgaben. Eine unmittelbare Konkurrenz besteht deshalb nicht. Eher bin ich der Meinung, dass wir uns gut ergänzen. Die Stiftung Zukunft.li hat uns auch schon Aufträge gegeben und zitiert unsere Studien. Darüber hinaus besteht ein regelmässiger und konstruktiver Austausch. Wichtig ist, dass die einzelnen Institutionen ihre Ziele stets klar kommunizieren. Unser Ziel ist es nicht, politische Massnahmen vorzuschla-

gen oder deren Umsetzung zu begleiten, wie dies Thinktanks tun. Wir wollen vor allem geschichtliche und gesellschaftliche Zusammenhänge aufzeigen und analysieren.

Ist es somit auch nicht problematisch, dass Think Tanks eine ideologisch, politisch gefärbte Zielsetzung in ihrer Forschung vorweisen?

Das gilt natürlich nicht für alle. Aber ja, oft ist dies in der Tat ein Problem. Gerade in den USA spielen Thinktanks im politischen System eine zentrale Rolle, sind aber stark ideologisch ausgerichtet. Dies birgt die Gefahr, dass sie nur für die Interessen ihrer Geldgeber lobbyieren, statt zur Problemlösung beizutragen. Auch in der EU ist die Unterscheidung zwischen Thinktank, Politikberatung und Interessenvertretung oft eine Grauzone. Die vorhin genannten Thinktanks in Liechtenstein haben zwar auch eine klar ideologische Ausrichtung, treten bis anhin aber wenig offensiv auf und sind bemüht, ihre Aktivitäten und Ziele transparent zu kommunizieren.

Worin sehen Sie den Grund für das steigende Interesse an solchen Thinktanks?

Die Vermittlung der Forschungsergebnisse an die breite Öffentlichkeit wurde von der Wissenschaft oft etwas stiefmütterlich behandelt. Das Vorurteil «Die Wissenschaft lebt im Elfenbeinturm» kommt nicht von ungefähr. Dies hat meiner Meinung nach die Entstehung von Thinktanks begünstigt. Es gibt aber noch einen anderen Grund: Thinktanks geht es im Unterschied zu unabhängigen Forschungseinrichtungen meist um politische Einflussnahme. Der Austausch zwischen wirtschaftlicher und politischer Elite über Parteien oder Verbände hat in vielen Staaten an Bedeutung verloren. Thinktanks sind hier eine Möglichkeit für die Wirtschaft, um wieder mehr Einfluss auf die Politik zu gewinnen. Dies kann durch die Einflussnahme auf die öffentliche Meinungsbildung oder durch Lobbying erfolgen. Die klassische Wissenschaft ist dafür nicht geeignet, denn ihr geht es nicht zwingend um eine möglichst grosse Sichtbarkeit, sondern um unabhängige Grundlagenforschung. Am Liechtenstein-Institut behandeln wir auch Themen, die zwar nie grosse Sichtbarkeit erlangen werden, die jedoch für Liechtenstein nachhaltig relevant sind.

Sie sagen, die Wissenschaft strebt nicht immer nach möglichst grosser Sichtbarkeit. In den USA zeichnet sich jedoch genau ein solcher Trend ab. Wissenschaftler werden zu Stars, die mit einfach geschriebenen Büchern auch den Massenmarkt erobern. Muss die Wissenschaft hier eine Balance finden, um in der heutigen Gesellschaft noch mithalten zu können?

Diese Entwicklung gibt es ganz klar. Auch in der Schweiz sind bestimmte Wissenschaftler medial sehr präsent. Der Wissenstransfer ist sicher eine zentrale Aufgabe für die Wissenschaft. Folglich ist es sehr zu begrüssen, wenn Forschungsergebnisse eine breite Sichtbarkeit erlangen. Die Wissenschaft braucht die Nähe zur Praxis und es ist auch nicht per se falsch, wenn Wissenschaftler sich in den politischen Meinungsbildungsprozess einbringen. Es ist aber ein zweischneidiges Schwert, denn politische Entscheidungen basieren nicht nur auf Fakten, sondern auch auf Werten. Deshalb müssen sie von der Politik und nicht der Wissenschaft getroffen werden. Einen Kult um einzelne Wissenschaftler sehe ich deshalb auch kritisch.

Wo ist hier die Grenze?

Da ist jeder Wissenschaftler selbst gefordert. Persönlich finde ich, dass eine starke Personalisierung der wissenschaftlichen Glaubwürdigkeit schaden kann. Was mir immer wieder auffällt, ist, dass Forscher mit hoher Popularität ihre Position oft sehr absolut vertreten. Widersprüchliche Erkenntnisse werden nicht anerkannt und der grössere Zusammenhang ignoriert. Dabei ist das Hintergrundfragen eigener Thesen und Argumente ein Grundgedanke der Wissenschaft. In den Sozialwissenschaften gibt es bei komplexen Fragen zudem auch nicht zwingend ein Richtig und ein Falsch. Um ein Beispiel aus mei-

ner eigenen Forschung zu geben: Ich kann Ihnen verschiedene Belege dafür liefern, dass der EWR schlecht funktioniert, und ebenso viele, dass er gut funktioniert. Klar muss man als Wissenschaftler auch Schlussfolgerungen ziehen und Einschätzungen liefern, die in die eine oder andere Richtung gehen. Aber man sollte sich nicht politisch instrumentalisieren lassen. Bei einer starken Personalisierung von Wissenschaftlern kann dies aber schnell geschehen. Etwas anderes ist der Kampf gegen Fake News. Hier kann der Personenkult um einzelne Wissenschaftler sehr hilfreich sein, weil deren grosse Sichtbarkeit Fakten zum Durchbruch verhelfen kann.

Wenn Wissenschafts-Stars nicht die Lösung sind, wie bringt man die Wissenschaft aus dem Elfenbeinturm und macht ihre Bedeutung dem einzelnen Bürger begreiflich?

Das Elfenbeinturm-Argument verstärkt sich sogar. In manchen Disziplinen werden immer komplexere Methoden angewandt, um neue Erkenntnisse zu finden. Mit steigender Komplexität reduziert sich automatisch der Kreis der Adressaten und die Forschung wird elitär. Gerade deshalb ist es wichtig, dass wissenschaftliche Institutionen eine Kommunikationsstrategie ausarbeiten. Bei europäischen Forschungsprogrammen sind solche Kommunikationsstrategien oft gar eine Voraussetzung für einen erfolgreichen Antrag. Wir sind aktuell an einem europäischen Forschungsprojekt beteiligt, bei dem auch ein Thinktank mit da-



Liechtenstein-Institut

Auswahl aktueller Projekte

Fachbereich Recht

«Die kaiserliche Administration in Vaduz und Schellenberg (1684-1699/1712)»

Mit Blick auf die komplementäre Staatlichkeit von Reich und Territorium untersucht das Projekt die Entwicklung in Vaduz und Schellenberg in den rund 30 Jahren vor dem Kauf durch das Fürstenhaus Liechtenstein.

«Die liechtensteinisch-schweizerischen Beziehungen seit den 1920er-Jahren»

Das Projekt untersucht am Beispiel der Zollvertragsjubiläen die liechtensteinisch-schweizerischen Beziehungen und wie dabei mit Konflikten umgegangen wurde.

Fachbereich Politik

«Direkte Demokratie in Liechtenstein»

Das Projekt zielt auf eine umfassende Darstellung der Entwicklung der Instrumente der direkten Demokratie in Liechtenstein und die Analyse ihrer Anwendung.

«Externe differenzierte Integration»

Im Rahmen eines EU-Projekts wird untersucht, welche Integrationsmodelle die EFTA-Staaten pflegen und welche Lehren sich daraus für die Zukunft des europäischen Integrationsprozesses ergeben.

Fachbereich Recht

«Verwaltungsverfahrenrecht»

Untersucht wird die Entstehung und die Struktur des geltenden Landesverwaltungsverfahrensgesetzes von 1922, insbeson-

dere mit Blick auf dessen absehbare Reform.

«Staatsaufgaben im Kleinstaat»

Im Rahmen des SNF-Projekts wird untersucht, ob das EWR-Recht Vorgaben über Art und Umfang staatlicher Leistungen macht und wie Liechtenstein mit diesen Fragen umgeht.

Fachbereich Wirtschaft

«Kleinstaatsoökonomie»

Am Beispiel der Finanz- und Schuldenkrise werden die wirtschaftlichen und politischen Gemeinsamkeiten und Unterschiede der europäischen Kleinstaaten und damit die Frage nach der Existenz einer kleinstaatenspezifischen Wirtschaftspolitik untersucht.

Digitale Wissensvermittlung

Des Weiteren verfolgt das Liechtenstein-Institut verschiedene Website-basierte Projekte. Realisiert wurde bereits ein Onlinekommentar zur liechtensteinischen Verfassung. In Kürze werden die Website des Historischen Lexikons des Fürstentums Liechtenstein online sowie eine Website zu den Prozessen und Institutionen des EWR freigeschaltet. Auch eine Website mit volkswirtschaftlichen und politikwissenschaftlichen Daten zu Liechtenstein in deutscher und englischer Sprache ist geplant.

Mehr auf www.liechtenstein-institut.li.



Laut Christian Frommelt muss das Liechtenstein-Institut seine Arbeit künftig aktiver kommunizieren. (Foto: Paul Trummer)

bei ist, dessen alleinige Aufgabe die Verbreitung der Ergebnisse ist. Auch gibt es heute verschiedene Plattformen, wo man Kurzversionen von Zeitschriftenaufsätzen oder Büchern platzieren kann. Trotz aller Bemühungen sind die Möglichkeiten der Wissenschaftskommunikation jedoch begrenzt. Im Internet stehen wissenschaftliche Studien oft unmittelbar neben subjektiven Meinungen und Verschwörungstheorien. Manche Leute suchen sich die Fakten, die zu ihren vorgefertigten Meinungen passen. Ein solches Informationsverhalten lässt sich nicht einfach verändern.

Muss bezüglich der Sichtbarkeit am Liechtenstein-Institut noch mehr getan werden beziehungsweise was wäre hier noch möglich?

Mehr tun muss man immer. Es liegt in unserer Natur als Wissenschaftler, dass wir uns ständig hinterfragen und verbessern wollen. Insgesamt genießt das Liechtenstein-Institut für eine akademische Forschungseinrichtung einen grossen Rückhalt in der Gesellschaft. Allerdings stellen wir beispielsweise einen Rückgang der Teilnehmerzahlen bei Abendvorträgen fest. Hier sind wir gefordert und werden einige organisatorische Anpassungen machen. Auch fehlen den Medien zunehmend die Ressourcen, um über alle Veranstaltungen gebührend zu

berichten. Damit die Inhalte dieser Vorträge trotzdem sichtbar sind, müssen wir die Vorträge auch besser dokumentieren - zum Beispiel durch Gastkommentare in den Zeitungen.

Sie haben als neuer Direktor jetzt ja auch die Möglichkeit, neue Wege zu gehen. Was wollen Sie am Institut verändern?

Ich werde nichts auf den Kopf stellen, denn es läuft ja gut. Aktuell befinden wir uns aber in einer wichtigen Phase, da kommendes Jahr ein neues Finanzengesuch an die Regierung ansteht. Vor diesem Hintergrund möchte wir das Profil des Liechtenstein-Instituts etwas schärfen. Wir werden deshalb in Kürze ein neues Leitbild beschliessen und die Themenschwerpunkte für die nächsten Jahre festlegen. Bereits beschlossen ist, dass wir unsere Tätigkeit im Bereich internationales Recht ausbauen. Dies war bereits früher ein Themenschwerpunkt am Institut und soll nun wieder gestärkt werden, natürlich stets mit Bezug auf Liechtenstein. Andere Überlegungen für neue Themenschwerpunkte in unseren vier Fachbereichen sind politische Kultur, Sozialgeschichte oder Konjunktur- und Wachstumsanalyse.

Das Institut muss ja seit Jahren im einem eher kleinen Budget ausstatten. Welchen Spielraum hat man hier als Direktor überhaupt, wissen-

schaftlich neue Akzente zu setzen?

Ein gewisser Spielraum ist immer vorhanden. Immerhin erhalten wir pro Jahr eine Million Franken vom Land und haben zusätzlich Einnahmen aus Forschungsprogrammen, Spenden und Dienstleistungen. Insgesamt ist es aber in der Tat ein enges finanzielles und personelles Korsett. In praktisch allen unseren Forschungsfeldern sind wir die einzige Institution, die in ihrer Forschung einen direkten Liechtenstein-Bezug hat. Das ist Chance und Verpflichtung zugleich. Ich würde mir wünschen, dass wir in allen Fachbereichen mindestens 200 Stellenprozent haben. Damit wären wir in der Lage, permanent mindestens zwei grössere Forschungsprojekte zu bearbeiten und hätten auch Kapazitäten, um Dienstleistungen für Dritte zu erbringen. Vor allem würden wir so aber eine kritische Grösse erreichen, um erfolgreich Drittmittel einzuwerben. Wir waren bereits in der Vergangenheit bei internationalen Forschungsfonds erfolgreich. Da die Antragstellung jedoch ein sehr kompetitiver Prozess ist, verschlingt er viel Ressourcen, die wir derzeit schlicht nicht haben. Ich bin überzeugt, dass wir mit nur wenig mehr staatlicher Förderung unseren Output deutlich erhöhen könnten, weil wir deutlich erfolgreicher Drittmittel einwerben könnten.

Ist aussagekräftige Forschung in einem solchen Korsett überhaupt noch möglich?

Möglich ja, aber schwierig. Aussagekräftige Forschung heisst, dass man

erst einmal eine relevante Fragestellung isolieren muss. Dann gilt es, Daten zu erheben, sei es durch Interviews, Umfragen oder durch die Analyse von rechtlichen oder historischen Quellen. Diese Daten müssen dann mit Blick auf die eingangs definierte Fragestellung und Hypothesen ausgewertet werden. Anschliessend müssen die gewonnenen Erkenntnisse in den aktuellen Forschungsstand eingebettet werden. Das sind jetzt nur einige Schritte, die in einem seriösen Forschungsprojekt nötig sind. Manchmal können wir uns damit behelfen, dass wir das Forschungsdesign von anderen Studien übernehmen und nur die Besonderheiten zu Liechtenstein untersuchen. Das ist aber nicht immer möglich und schmälert auch den Erkenntniswert. Es ist halt einfach so: Seriose Forschung braucht Zeit, und was Zeit braucht, kostet Geld.

«Es ist halt einfach so: Seriose Forschung braucht Zeit, und was Zeit braucht, kostet Geld.»

Und dann müssen die Forschungsergebnisse auch noch kommuniziert werden. Genau. Da kommt erschwerend hinzu, dass wir verschiedene Zielgruppen haben. Einerseits versuchen wir, mit unseren Publikationen die internationale wissenschaftliche Gemeinschaft zu erreichen und so zum wissenschaftlichen Diskurs beizutragen. Andererseits gilt es auch, den Wissenstransfer in die Praxis und die breite Öffentlichkeit zu sichern. Immerhin haben wir den Auftrag, für Liechtenstein entsprechendes Reflexions- und Orientierungswissen zu schaffen - sozusagen als eine Grundlage für politische Debatten und das Selbstverständnis Liechtensteins. Um die unterschiedlichen Zielgruppen zu bedienen, müssen wir unterschiedliche Arten der Vermittlung wählen. Das heisst, neben dem klassischen Buch oder Zeitschriftenbeitrag braucht es noch andere Publikationsgefässe wie Kurzanalysen oder Medienbeiträge. Diese Vielfalt abzudecken, ist eine grosse Herausforderung. In den letzten Jahren haben wir neue, verschiedenen Zielgruppen entsprechende Gefässe geschaffen. Jetzt müssen wir diese aber auch nutzen und noch stärker den Dialog mit der Praxis oder den Medien suchen. Denn selbst eine kurze Publikation wird nicht «einfach so» gelesen. Hier werden wir in Zukunft aktiver kommunizieren müssen, um auf unser Informationsangebot aufmerksam zu machen.

Und dann müssen die Forschungsergebnisse auch noch kommuniziert werden.

Genau. Da kommt erschwerend hinzu, dass wir verschiedene Zielgruppen haben. Einerseits versuchen wir, mit unseren Publikationen die internationale wissenschaftliche Gemeinschaft zu erreichen und so zum wissenschaftlichen Diskurs beizutragen. Andererseits gilt es auch, den Wissenstransfer in die Praxis und die breite Öffentlichkeit zu sichern. Immerhin haben wir den Auftrag, für Liechtenstein entsprechendes Reflexions- und Orientierungswissen zu schaffen - sozusagen als eine Grundlage für politische Debatten und das Selbstverständnis Liechtensteins. Um die unterschiedlichen Zielgruppen zu bedienen, müssen wir unterschiedliche Arten der Vermittlung wählen. Das heisst, neben dem klassischen Buch oder Zeitschriftenbeitrag braucht es noch andere Publikationsgefässe wie Kurzanalysen oder Medienbeiträge. Diese Vielfalt abzudecken, ist eine grosse Herausforderung. In den letzten Jahren haben wir neue, verschiedenen Zielgruppen entsprechende Gefässe geschaffen. Jetzt müssen wir diese aber auch nutzen und noch stärker den Dialog mit der Praxis oder den Medien suchen. Denn selbst eine kurze Publikation wird nicht «einfach so» gelesen. Hier werden wir in Zukunft aktiver kommunizieren müssen, um auf unser Informationsangebot aufmerksam zu machen.

Ein nächstes Projekt, das dem Liechtenstein-Institut öffentliche Resonanz geben könnte, ist die Vortragsreihe zu «100 Jahre Parteien in Liechtenstein». Ein grosses Jubiläum. Was ist hier geplant?

Die Vortragsreihe wird diesen November stattfinden und umfasst je einen Vortrag zur Geschichte, zu den rechtlichen Grundlagen und zum Profil der politischen Parteien Liechtensteins. Es handelt sich dabei aber nicht um ein eigentliches Forschungsprojekt. Vielmehr wollen wir bestehende Forschung ergänzen und an aktuelle Fragen knüpfen. Vielleicht ist es aber ein Startschuss für ein neues Forschungsprojekt, denn es gibt ja doch einige spannende Fragen rund um die liechtensteinischen Parteien.

Wo zeigt der Weg der liechtensteinischen Parteien hin?

Unser Parteiensystem hat sich in den vergangenen Jahren stark verändert. Von einem System mit zwei ideologisch fast identischen Parteien hat es sich zu einem System mit vier bzw. seit Neuestem wohl fünf Parteien entwickelt. In der Politikwissenschaft würde man hierfür am ehesten den Begriff «gemässigter Pluralismus» wählen. Es hat eine ideologische Differenzierung stattgefunden, die geht aber nicht so

weit, dass die Programmatik der einzelnen Parteien eine Zusammenarbeit per se ausschliesst und die Kommunikation zwischen den Parteien auf ein Minimum reduziert. Einfach ausgedrückt: Im Regelfall arbeiten die Landtagsabgeordneten trotz ideologischer Unterschiede über die Parteigrenzen hinweg gut zusammen. Die Differenzierung der Parteienlandschaft wird sich wohl fortsetzen, aber eine starke Polarisierung mit einer Fundamentalopposition, wie wir es aus anderen Staaten kennen, sehe ich nicht. Interessant ist auch die Beobachtung, dass Konflikte innerhalb der Parteien bisher eher durch unterschiedliche Vorstellungen über die Parteiorganisation oder persönliche Spannungen als durch ideologische Unterschiede ausgelöst wurden. Dazu passt die Feststellung, dass die intensivsten Debatten im Landtag bisher nicht bei ideologisch besetzten Themen erfolgten, sondern bei Fragen nach dem Verhältnis von Landtag und Regierung oder allgemein der Geschäftsordnung des Landtages.

Eine andere Entwicklung, die sich in vielen Staaten feststellen lässt, ist die Personalisierung. Wie sehen Sie hier die Situation in Liechtenstein?

Ja, die Politik wird immer personalisierter. Für die Schweiz zeigen neue Studien, dass die Personalisierung um einzelne Exponenten einer Partei zu mehr Geschlossenheit innerhalb der Partei führt. Das heisst, gibt es eine charismatische Führungspersönlichkeit, scharen sich die Parteikollegen eng um diese Person und übernehmen deren politische Positionen. Die Öffentlichkeitsarbeit der Partei konzentriert sich stark auf die Führungsfigur. In Liechtenstein findet auch eine Personalisierung statt. Diese führt aber nicht unbedingt zu mehr Geschlossenheit in einer Partei. Eher ist das Gegenteil der Fall, indem Landtagsabgeordnete entgegen der Parteilinie abstimmen, eigene Vorstösse lancieren oder eigene Medienbeiträge machen. Personalisierung ist bei uns also ein Stück weit eine Individualisierung. Das hängt mit unserem Wahlsystem zusammen. Da wir keine starren Wahllisten haben, gibt es keine Hierarchie. Auch die Parteien selbst sind bei uns wenig hierarchisch aufgebaut, da die Parteipräsidenten selten Spitzenfunktionen in Parlament oder Regierung innehaben. Und schliesslich fehlen in unserem politischen System Parlamentskommissionen und andere Gremien, mit denen die Parteiführung besonders treue Mandatare fördern beziehungsweise belohnen kann. Was diese Liechtenstein-Spezifika für das politische System bedeuten, werden wir dann im November bei der Vortragsreihe ausführen.

Zur Person

Christian Frommelt

Frommelt ist seit 1. April 2018 Direktor des Liechtenstein-Instituts, an dem er seit 2011 tätig ist. Das Institut wurde 1986 als privates, unabhängiges Forschungsinstitut gegründet, um in den Fachbereichen Geschichte, Politik, Recht und Wirtschaft liechtensteinrelevante Forschungsthemen zu bearbeiten. Es wird von einem gemeinnützigen Verein getragen und öffentlich mitfinanziert. Frommelt trat die Nachfolge von Wilfried Marxer an, der sich wieder mehr auf seine Forschung konzentrieren will. Frommelt hat an der Universität Innsbruck Politikwissenschaft studiert und an der ETH Zürich promoviert. Sein Forschungsschwerpunkt liegt beim Thema Europäische Integration.